



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 21. Mai 2000

Hans Hirter, Wolf Linder

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Bilaterale Abkommen mit der EU (Bundesbeschluss über die Genehmigung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft sowie gegebenenfalls ihren Mitgliedstaaten oder der Europäischen Atomgemeinschaft andererseits)	1'497'192 67.2%	730'854 32.8%
Stimmbeteiligung	48.0%	



GfS-Forschungsinstitut
Büro Bern
Hirschengraben 5, 3001 Bern
Telefon 031 311 08 06, Telefax 031 311 08 19
e-mail: gfs@gfs-be.ch

Universität Bern

Universität Bern, Institut für Politikwissenschaft
Lerchenweg 36, 3000 Bern 9
Telefon 031 631 83 31, Telefax 031 631 85 90

Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das GfS-Forschungsinstitut Bern verantwortlich. Die Federführung für die Analyse der vorliegenden Nummer liegt beim Institut für Politikwissenschaft (IPW), Universität Bern.

Institut für Politikwissenschaft Universität Bern (IPW)

Gesamtverantwortung: Wolf Linder
Analyse/Auswertung: Hans Hirter

GfS-Forschungsinstitut, Abteilung «Politik und Staat» (Bern)

Projektleitung: Claude Longchamp
Stellvertretung/Datenanalyse: Urs Bieri
Feldchef/Telefonbefragung: Georges Ulrich
Sekretariat: Silvia Ratelband-Pally
CATI-Support: Simon Vetterli

Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 75.– (Ausland Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 25.– (Ausland Fr. 30.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977 bis 1995) können für Fr. 600.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: GfS-Forschungsinstitut, Sekretariat, Postfach 6323, 3001 Bern.

Zitierweise

Vorliegende Nummer: Hirter, Hans (2000): Analyse der eidg. Abstimmung vom 21. Mai 2000, VOX Nr. 70, GfS und IPW, Bern, 2000. Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hrsg. vom GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, Bern 1977 ff.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Die Ausgangslage.....	5
3. Die Bedeutung der Vorlage	7
4. Die Analyse der Stimmbeteiligung	8
5. Die Meinungsbildung.....	10
5.1 Die Kenntnis der Vorlage.....	10
5.2 Die Nutzung der Informationsmittel.....	12
5.3 Der Zeitpunkt des Stimmentscheids.....	12
6. Die Analyse des Stimmverhaltens	14
6.1 Die sozialen und demografischen Merkmale.....	14
6.2 Die politischen Merkmale.....	16
7. Die Entscheidungsmotive.....	19
7.1 Die spontanen Entscheidungsmotive.....	19
7.2 Pro- und Kontra-Argumente.....	20
8. Einige Vergleiche mit der EWR-Abstimmung.....	25
9. Methodischer Steckbrief	27
Hauptresultate der Analyse der Abstimmung vom 21. Mai 2000	29

Tabelle 1.1: Abstimmungsergebnisse für die Schweiz und nach Kantonen, in Prozent der Stimmenden

Kantone	Resultate der Abstimmung vom 21. Mai 2000	
	Stimmbeteiligung in %	Bilaterale Verträge mit der EU % Ja
Schweiz	48.0	67.2
Zürich	50.2	69.9
Bern	44.3	68.5
Luzern	54.7	62.6
Uri	51.7	52.3
Schwyz	50.7	49.8
Obwalden	47.9	55.5
Nidwalden	54.9	55.9
Glarus	47.5	57.2
Zug	54.3	69.2
Freiburg	45.0	74.6
Solothurn	49.6	66.6
Basel-Stadt	54.8	72.3
Basel-Landschaft	48.6	70.9
Schaffhausen	66.1	61.1
Appenzell A.RH.	54.0	62.1
Appenzell I.RH.	46.6	51.9
St. Gallen	44.3	63.2
Graubünden	40.8	58.6
Aargau	42.8	62.2
Thurgau	46.2	57.2
Tessin	51.9	43.0
Waadt	45.8	80.3
Wallis	41.7	65.6
Neuenburg	52.2	79.4
Genf	58.1	78.7
Jura	47.5	77.3

Quelle: <http://www.admin.ch>

1. Einleitung

Am 21. Mai 2000 stimmte das Volk über die bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union ab. Nachdem das Parlament diese Verträge in der Herbstsession 1999 genehmigt hatte, war von der Lega dei Ticinesi und den Schweizer Demokraten dagegen das Referendum ergriffen worden. Die Behörden und vor allem auch die Wirtschaft massen diesen sektoriellen bilateralen Abkommen höchste Bedeutung zu. Als teilweisen Ersatz für den 1992 von Volk und Ständen abgelehnten Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sollten sie in sieben Bereichen eine vertragliche Regelung des Verhältnisses zwischen der Schweiz und der EU bringen. Um diese Wichtigkeit zu betonen, hatte der Bundesrat beschlossen, am 21. Mai einzig diese Vorlage zur Abstimmung zu bringen. Die Beteiligung an der Abstimmung fiel mit 48% überdurchschnittlich gut aus, und wie wir im Rahmen dieser Analyse zeigen werden, erreichte die Vorlage sowohl beim Bekanntheitsgrad als auch bei der Einschätzung ihrer Bedeutung durch die Bürgerinnen und Bürger Höchstwerte.

Die bilateralen Verträge mit der EU wurden vom Volk mit einer Mehrheit von 67% angenommen; mit Ausnahme von Tessin und Schwyz überwogen in allen Kantonen die Ja-Stimmen. Am besten schnitten die Verträge in der französischsprachigen Schweiz ab. Dort erreichte die Zustimmung etwa das gleiche Ausmass wie 1992 bei der EWR-Abstimmung, in der Deutschschweiz lag sie um mehr als 20 Prozentpunkte höher als damals. Welche soziodemografischen und politischen Gruppen den Verträgen zugestimmt resp. sie abgelehnt haben, wie gut der Informationsstand der Bürgerinnen und Bürger war und welche Motive sie zu ihrer Entscheid veranlasst haben, ist wie üblich der Gegenstand der vorliegenden VOX-Analyse.

2. Die Ausgangslage

Nach der Verwerfung des EWR-Beitritts durch Volk und Stände am 6. Dezember 1992 ergriff der Bundesrat die Initiative, mit der EU bestimmte Bereiche der gegenseitigen Beziehungen über bilaterale Verträge zu regeln. Er wollte damit verhindern, dass die schweizerische Wirtschaft wegen des vom Volk beschlossenen Nichtmitmachens beim gemeinsamen europäischen Markt unter Konkurrenznachteilen zu leiden hat. Dabei sah er vor, sich vorerst auf eine gegenseitige Liberalisierung bestimmter wirtschaftlicher Bereiche (technische Handelshemmnisse, öffentliche Aufträge, Luftverkehr) sowie auf eine volle Partizipation der Schweiz an den Forschungsprogrammen der EU zu konzentrieren. Brüssel machte rasch klar, dass die EU auch eine gegenseitige Liberalisierung des Agrarhandels und vor allem die Themen Personenfreizügigkeit und Landverkehr in die Verhandlungen mit einschliessen wollte. Zudem hielt die EU fest, dass diese sieben Bereiche als Gesamtpaket zu beschliessen seien.

Bei den 1994 aufgenommenen Verhandlungen fanden die Hauptauseinandersetzungen in den Bereichen Personenfreizügigkeit und Landverkehr statt. Bei der gegenseitigen Personenfreizügigkeit wurde der Schweiz eine über mehrere Jahre gestaffelte Einführung

gestattet und eine Schutzklausel zugestanden. Beim Landverkehr musste die Schweiz auf die Beibehaltung des Höchstgewichts von 28 Tonnen für Lastwagen verzichten; sie durfte aber das Nachtfahrverbot beibehalten und die Schwerverkehrsabgaben massiv erhöhen. Die EU erklärte sich bereit, die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene zu fördern. Die Verhandlungen konnten Ende 1998 abgeschlossen werden und die Verträge wurden im Juni 1999 unterzeichnet.

Der Bundesrat beantragte dem Parlament die Genehmigung der bilateralen Abkommen mit einem einzigen, dem fakultativen Referendum unterstehenden Bundesbeschluss. Um zu vermeiden, dass die Ränge der grundsätzlich gegen die Verträge kämpfenden Parteien der äusseren Rechten durch Gewerkschaften und Umweltschutzorganisationen verstärkt würden, schlug er gleichzeitig sogenannte begleitende Massnahmen vor. Die wichtigsten waren neue Vorschriften zur Verhinderung eines Lohndumpings durch Einwanderer und Kredite für die Verlagerung des Gütertransitverkehrs auf die Bahn. Das Parlament stimmte in der Herbstsession 1999 diesen Begleitmassnahmen zu und verabschiedete die bilateralen Abkommen mit klaren Mehrheiten. Im Ständerat erfolgte die Genehmigung einstimmig, im Nationalrat sprachen sich neben den Vertretern der Lega dei Ticinesi, der Freiheits-Partei und der Schweizer Demokraten nur sechs Abgeordnete der SVP und ein Freisinniger dagegen aus. Dazu gehörte auch Christoph Blocher (SVP), der 1992 die Abstimmungskampagne gegen den Beitritt zum EWR angeführt hatte. Blocher erklärte aber, dass er sich weder für ein Referendum noch in einem allfälligen Abstimmungskampf engagieren werde.

Die Lega dei Ticinesi und die Schweizer Demokraten reichten gegen die Verträge das Referendum ein. Unterstützung erhielten sie von Personen aus dem Umfeld der VPM und anderen rechtskonservativen Gruppierungen sowie von einer kleinen linksgrünen Gruppierung. Ausser der Lega, den SD, der EDU und der Freiheits-Partei empfahlen alle nationalen Parteien Zustimmung zu den Verträgen. Die von der SVP gefasste Ja-Parole wurde allerdings dadurch relativiert, dass mehr als die Hälfte der Kantonalsektionen (Zürich und v.a. die in den neunziger Jahren neu gegründeten Sektionen) sich für ein Nein entschieden. Der Vorort, der Gewerbeverband, der Bauernverband, die Gewerkschaften und einige Umweltschutzorganisationen unterstützten die Vorlage ebenfalls. Von den national bekannten Organisationen gab einzig die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) die Nein-Parole aus. Dies geschah freilich erst eine Woche vor der Abstimmung und gegen den Willen ihres Präsidenten Blocher.

In der Kampagnewerbung hielt sich die üblicherweise sehr aktive Zürcher SVP zurück. Da den Rechtsausserparteien kaum Mittel zur Verfügung standen, war das Feld der bezahlten Werbung gegen die Verträge weitgehend wenig bekannten Komitees und Einzelpersonen überlassen. Verglichen mit der Kampagne zur EWR-Abstimmung von 1992 blieb der Werbeaufwand der Gegner sehr gering. Präsent waren ihre Argumente vor allem in den Leserbriefspalten der Zeitungen der Deutschschweiz. Aber auch bei den Befürwortern hielten sich die Werbekosten in den beiden Monaten vor der Abstimmung in engen Grenzen. Ihnen hätte es zwar nicht an Mitteln gefehlt. Der federführenden Vorort hatte aber auf eine Langzeitkampagne gesetzt, welche bereits Jahre vor der Abstimmung begonnen hatte, und er war sich zudem, offenbar aufgrund von Meinungsumfragen, in den letzten Kampagnewochen seiner Sache sehr gewiss.

Inhaltlich konzentrierte sich die Pro-Werbung vor allem auf drei Argumente: Die Verträge sind notwendig und ein guter Kompromiss, sie sind wichtig für die schweizerische Wirtschaft und deren Arbeitsplätze und sie verbessern die Arbeits- und Studienmöglichkeiten für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland. Der Bundesrat selbst betonte, dass es bei den Verträgen primär um wirtschaftspolitische Abmachungen gehen würde, und dass diese auf jeden Fall nichts mit einem EU-Beitritt zu tun hätten. In den Leserbriefen und den oft recht handgestrickt wirkenden Inseraten der Gegner war es schwieriger, eine klare Argumentationslinie auszumachen. Zentral waren die Befürchtungen über eine Masseneinwanderung. Dazu kam Kritik an der EU und an den schweizerischen Behörden. Auszumachen waren auch eine generelle Skepsis gegenüber der wirtschaftlichen Globalisierung sowie Warnungen vor einer Flut von schweren Lastwagen resp. vor riesigen Kosten für die Sozialversicherungen.

3. Die Bedeutung der Vorlage

Die Abstimmung über die bilateralen Verträge war im Urteil der Bürgerinnen und Bürger die wichtigste seit derjenigen über den Beitritt zum EWR.

Tabelle 3.1: Wahrnehmung der Bedeutung der bilateralen Verträge für das Land und für sich selbst

Beurteilung	Bilaterale Verträge		Mittelwerte 1993–2000 ^a	
	das Land %	sich selbst %	das Land %	sich selbst %
Sehr klein (0, 1) ^a	1	8	5	19
Klein (2, 3, 4)	1	10	12	19
Mittel (5)	9	19	18	19
Gross (6, 7, 8)	32	30	32	23
Sehr gross (9, 10)	53	28	27	18
Mittel ^c	8.5	6.6	6.7	5.1

N Gesamtheit der Befragten = 1017.

^a Die Befragten mussten die Bedeutung der Vorlage auf einer Skala von 0 bis 10 angeben. 0 steht für «bedeutungslos» und 10 für «von sehr grosser Bedeutung».

^b Von uns errechnete Mittelwerte von 64 Abstimmungsvorlagen vom 6. Juni 1993 bis 12. März 2000.

^c Aufgrund der Bedeutungsskala 0–10 errechnete Mittelwerte.

Das Total liegt unter 100 Prozent, weil «weiss nicht» und «keine Antwort» nicht in der Tabelle enthalten sind.

Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai 2000.

Wie üblich wurde die Bedeutung für das Land als höher eingeschätzt als die persönliche Bedeutung. Seit 1993 (die Frage wird seit diesem Zeitpunkt in dieser Form regelmässig in den VOX-Befragungen gestellt) haben noch nie derart viele eine Abstimmungsvorlage als für das Land von grosser oder sehr grosser Bedeutung eingestuft. Mit einem Anteil von 85% wurde der Durchschnitt aller Vorlagen seit Juni 1993 um 26 Prozentpunkte übertroffen. Am nächsten kamen diesem Wert die Abstimmung über die Alpenschutzinitiative von 1993 mit 82% sowie diejenigen über die Genschutzinitiative resp. die lei-

stungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) mit je 81% (beide 1998). Die Antworten unter den verschiedenen Gruppen fielen sehr homogen aus. Bei allen war eine klare Mehrheit überzeugt, dass den Verträgen eine grosse oder sehr grosse Bedeutung für das Land zukommt. Die wichtigste Differenz bestand darin, dass sie für überzeugte Befürworter eines EU-Beitritts, der Chancengleichheit für Ausländer und einer generellen Öffnung der Schweiz noch etwas wichtiger war als für die anderen.

Insgesamt 58% aller Befragten gaben an, dass die Vorlage auch für sie persönlich von grosser bis sehr grosser Bedeutung gewesen sei. Dieser Wert liegt um 17 Prozentpunkte über dem Durchschnittswert aller Abstimmungen seit Juni 1993 und war in den letzten Jahren nur bei der Genschutzinitiative (1998: 65%) übertroffen und bei der Mutterschaftsversicherung (1999: 57%) erreicht worden. Die Beurteilung fiel in den verschiedenen sozialen und politischen Gruppen sehr ähnlich aus. Ein, allerdings wenig erstaunlicher Befund ist der, dass Personen im Alter von 70 und mehr Jahren die Bedeutung der Verträge für sich selbst weniger hoch einschätzten als alle anderen Altersgruppen. Junge Personen stuften die Bedeutung hingegen nicht höher ein, als solche im Alter zwischen 30 und 69 Jahren. Gerade im Hinblick auf die Ja-Propaganda, die stark betont hatte, dass vor allem junge Schweizerinnen und Schweizer es dank den Abkommen leichter haben werden, sich im Ausland weiterzubilden und berufliche Erfahrungen zu sammeln, konnte dieses Ergebnis nicht unbedingt erwartet werden. Einige Unterschiede in der Beurteilung bestehen in Bezug auf Bildung und auf die Einstellung zu Fragen über eine Öffnung der Schweiz. Für Personen mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss waren die Verträge für sie persönlich wichtiger als für Befragte, welche über einen obligatorischen Schul- oder einen Lehrabschluss verfügen. Von besonders grosser persönlicher Bedeutung war die Vorlage für Bürgerinnen und Bürger, welche dezidiert für einen EU-Beitritt sind, welche generell stark für eine Öffnung der Schweiz einstehen und welche den Ausländern mit Bestimmtheit gleiche Chancen einräumen möchten wie den Schweizern.

4. Die Analyse der Stimmbeteiligung

Die Beteiligung an der Volksabstimmung über die bilateralen Verträge fiel mit 48,0% klar überdurchschnittlich aus (das Mittel der Abstimmungen der 90er Jahre beträgt 42%). Sie war damit vergleichbar mit derjenigen über den UNO-Beitritt vom 22. April 1986 (50,7%), lag jedoch deutlich unter derjenigen der letzten europapolitischen Vorlage (EWR 1992: 78,7%). Zwischen den einzelnen Kantonen bestanden keine grossen Differenzen. Die höchste Beteiligung wies, neben dem Stimmzwangkanton Schaffhausen, ein französischsprachiger Kanton aus, nämlich Genf mit 58%. Am niedrigsten war die Beteiligung in den Gebirgskantonen Graubünden und Wallis mit 40% resp. 41%.

Wie üblich wirkte sich von den soziodemografischen Variablen am stärksten das Bildungsniveau und das Alter auf die Bereitschaft zu einer Abstimmungsteilnahme aus. Bei der Gruppe der 18-29-jährigen lag die Beteiligung um zwanzig Prozentpunkte unter dem Durchschnitt. Bei den Personen im Alter zwischen 50 und 69 Jahren lag sie deutlich über dem Mittel und bei den 30 bis 49-jährigen sowie den Personen, welche 70 Jahre und älter sind, fiel sie mehr oder weniger dem Durchschnitt entsprechend aus. Nicht ganz so gross

Tabelle 4.1: Beteiligung nach sozialen und politischen Merkmalen

Merkmal / Kategorie	Teilnahme in % ^a	Befragte	Korrelationskoeffizient ^b
Total	48	1012	
<i>Alter</i>			V = 0.25***
18 bis 29 Jahre	28	150	
30 bis 39 Jahre	43	213	
40 bis 49 Jahre	47	165	
50 bis 59 Jahre	65	154	
60 bis 69 Jahre	66	154	
70 Jahre und darüber	49	178	
<i>Ausbildung</i>			V = 0.21***
Obligatorische Schulzeit	33	165	
Lehre	46	498	
Matur/Lehrerseminar	41	67	
Fachschule	60	108	
Fachhochschule	69	78	
Universität	68	87	
<i>Interesse an der Politik</i>			V = 0.41***
Sehr interessiert	77	182	
Ziemlich interessiert	62	450	
Eigentlich nicht interessiert	31	287	
Überhaupt nicht interessiert	14	90	
<i>EU-Beitritt</i>			V = 0.24***
Bestimmt dafür	78	189	
Eher dafür	62	137	
Unentschieden	46	172	
Eher dagegen	67	141	
Bestimmt dagegen	75	352	
<i>Sprache</i>			n.s.
<i>Wohnort</i>			n.s.
<i>Geschlecht</i>			n.s.
<i>Öffnung/Abschottung der Schweiz</i>			n.s.
<i>Partei</i>			n.s.

^a Gewichtete Werte.

^b Zur Interpretation der statistischen Messzahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».

Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai 2000.

waren die Unterschiede bei der Stimmbeteiligung hinsichtlich der Bildungsstufen. Bei Personen, welche lediglich über einen Grundschulabschluss verfügen, lag die Beteiligung um 15 Prozentpunkte unter dem Mittelwert. Eine positive Beziehung bestand auch zwischen der Höhe des Haushalteinkommens und der Stimmbeteiligung. Diese Unterschiede

de zwischen den diversen Einkommensklassen waren allerdings weitgehend verursacht durch den engen Zusammenhang dieser Variable mit der Variable Ausbildung.

Wie bereits am Abstimmungssonntag aus den Kantonsresultaten ersichtlich, haben sich die Angehörigen der drei Sprachgruppen etwa im selben Mass an die Urne begeben. Keine signifikanten Unterschiede zeigten sich in Bezug auf Beteiligung auch bei Stadt- und Landbewohnern sowie zwischen fleissigen und seltenen Kirchgängern. Frauen nahmen an der Abstimmung über die bilateralen Verträge ebenso häufig teil wie Männer. Personen, die sich als links einstufen nahmen ebenso häufig teil wie Rechtsstehende, und auch die Sympathie für eine bestimmte Partei hatte keinen Einfluss auf die Partizipation. Wie üblich von grosser Bedeutung war hingegen das Interesse, das jemand im allgemeinen der Politik entgegenbringt. Fast vier von fünf Stimmberechtigten, die sich stark dafür interessieren, haben ihre Stimme abgegeben, während es bei denjenigen ohne jegliches Interesse an der Politik lediglich jeder Siebte war. Die Bereitschaft, an der Abstimmung teilzunehmen, war auch abhängig von der Einstellung zu einem Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union. Wer dazu eine dezidierte Meinung hat, egal ob pro oder contra, beteiligte sich überdurchschnittlich stark. Keine Rolle spielte es, ob jemand die Schweiz gegenüber dem Ausland öffnen oder abschotten möchte¹. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die deutliche Annahme der bilateralen Verträge nicht auf eine schlechte Mobilisierung der Gegner einer Integrationspolitik zurückgeführt werden kann.

5. Die Meinungsbildung

5.1 Die Kenntnis der Vorlage

Am 21. Mai war nur über eine einzige Frage abzustimmen, welche zudem noch von den Medien als für die Schweiz sehr bedeutsam eingeschätzt und deshalb entsprechend ausführlich behandelt worden war. Es überrascht deshalb nicht, dass sich noch fast alle Befragten spontan an das Thema erinnern konnten (92%). Von den an der Abstimmung Beteiligten wussten noch 97%, dass es sich um die bilateralen Verträge mit der EU gehandelt hatte; bei den Nichtteilnehmenden waren es immerhin noch 80%². Diese Werte sind nicht nur sehr hoch im Vergleich mit Abstimmungsthemen, die in einem «Multipack» vorgelegt worden sind³, sondern auch gegenüber solchen, welche ebenfalls allein zur Abstimmung kamen. So betrug beispielsweise bei der Abstimmung über die neue Verfassung vom 18. April 1999 die entsprechenden Anteile für das Total der Stimmberechtigten 75% und für die Teilnehmenden 92%⁴.

¹ Personen, welche Schweizer gegenüber Ausländern bevorzugen möchten, beteiligten sich etwas weniger oft an der Abstimmung. Der Zusammenhang ist allerdings sehr schwach ($V = 0.09^*$).

² Dass sich 3% der Teilnehmenden in der während den beiden Wochen nach der Abstimmung stattfindenden Befragung nicht an das Thema erinnern konnten, bedeutet nicht, dass sie dieses auch bei der Stimmabgabe nicht gekannt hatten.

³ An der vorangehenden Abstimmung erreichte die Initiative zur Verkehrshalbierung mit 53% (gemessen am Total der Stimmberechtigten) den besten Wert (Thomas Milic et al., Vox-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 12. März 2000, Zürich und Bern 2000).

⁴ Marina Delgrande, Wolf Linder, Vox-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 18. April 1999, Bern 1999.

Um etwas detailliertere Informationen über den Kenntnisstand der Stimmberechtigten zu erhalten, forderte die VOX-Analyse die Befragten auf, alle ihnen bekannten Dossiers mit dem Inhalt oder dem Titel aufzuzählen. Nur eine von sechs Personen (16%), welche an der Abstimmung teilgenommen hatte, konnte keinen einzigen der insgesamt sieben Verträge aufzählen. 22% der Teilnehmenden konnten einen Vertragsbereich korrekt wiedergeben und weitere 27% deren zwei. Immerhin jedem dritten Abstimmungsteilnehmer gelang es, drei oder mehr Dossiers aufzuzählen. An fünf oder mehr Bereiche erinnerten sich allerdings nur noch einige wenige (5%). Dabei unterschieden sich Befürworter und Gegner der Verträge nur wenig. In der französischsprachigen Schweiz waren die Stim-menden generell etwas besser informiert als in der Deutschschweiz. Nur 8% von ihnen konnten kein einziges Dossier aufzählen (Deutschschweiz 20%) und 44% erwähnten mindestens drei Dossiers (Deutschschweiz 33%)⁵.

Wie vermutet, waren die beiden am meisten umstrittenen Abkommen über die Personenfreizügigkeit und über den Landverkehr (Strassengütertransit) am besten bekannt. Knapp 70% aller der Stim-menden erwähnten die Personenfreizügigkeit und 60% den Landverkehr. Rund ein Viertel konnte sich an das Luftverkehrsabkommen erinnern und etwa ein Fünftel an die Liberalisierung in der Landwirtschaft. Die Regelungen in den Bereichen Forschung, Technische Handelshemmnisse und öffentliches Beschaffungswesen erwähnten nur wenige. Befürworter und Gegner der Vorlage zählten weitgehend die gleichen Dossiers auf. Einzig die Verträge über den Luftverkehr und über die Forschungszusammenarbeit waren bei den Ja-Stimmenden etwas besser bekannt.

Tabelle 5.1: Kenntnis der Anzahl der Dossiers und ihres Inhaltes

Kenntnisse	Teilnehmende ^a %	Ja-	Nein-	Befragte	Korrelations- koeffizient ^b
		Stimmende %	Stimmende %		
Anzahl genannter Dossiers					V = 0.09*
keines	16	15	17	108	
1 bis 2 Dossiers	49	46	54	335	
3 und mehr Dossiers	35	39	29	242	
Genannte Dossiers					
Freier Personenverkehr	69	71	65	471	n.s.
Landverkehr	60	61	59	414	n.s.
Luftverkehr	26	28	18	175	V = 0.10**
Landwirtschaft	19	19	20	132	n.s.
Forschung	10	13	5	71	V = 0.12**
Technische Handelshemmnisse	10	12	7	70	n.s.
Öffentliches Beschaffungswesen	9	9	9	61	n.s.

^a inkl. Teilnehmende ohne Angabe über Entscheid.
^b Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai 2000.

⁵ V = 0.17**.

5.2 Die Nutzung der Informationsmittel

Etwas weniger Bürgerinnen und Bürger als bei anderen Abstimmungen griffen zum Bundesbüchlein um sich zu informieren (73% der Teilnehmenden⁶). Das mag damit zusammenhängen, dass nur ein einziges und zudem breit diskutiertes Thema auf der Traktandenliste stand. Am häufigsten wurden die redaktionellen Spalten der Presse genutzt (84%). Wie üblich fanden die politischen Sendungen des Fernsehens grössere Beachtung als diejenigen des Radios (77% resp. 57%). Auch die Nutzung von Leserbriefen (51%), Drucksachen (47%), Inseraten (44%), Strassenplakaten (33%), Direct mailing (21%) und Standaktionen (10%) entsprach den Erfahrungen früherer Abstimmungen. Angesichts der grossen Bedeutung der bilateralen Verträge für die Wirtschaft erstaunt es, dass nicht wesentlich mehr Stimmende als bei vorangehenden Abstimmungen angaben, auch am Arbeitsplatz erhaltene Mitteilungen für die Meinungsbildung genutzt zu haben. Die Quote für die Erwerbstätigen betrug diemal 22%, bei der Abstimmung vom 12. März 2000 hatte sie 15% und bei jener über die neue Verfassung vom 18. April 1999 19% betragen. Mit einer Quote von 4% lag das Internet weiterhin am Ende der Rangliste der verwendeten Informationsquellen. Obwohl in den Leserbriefspalten der deutschen Schweiz die Zusendungen, die für eine Ablehnung der Verträge warben sehr gut vertreten waren, kann festgehalten werden, dass Personen, welche diese Informationen nutzen, sich in ihrem Abstimmungsverhalten nicht vom Durchschnitt unterschieden.

Die Befragten hatten, im Vergleich mit früheren Volksabstimmungen, keine besonderen Schwierigkeiten bei der Entscheidungsfindung. Für 53% war es eher leicht, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild von den persönlichen Auswirkungen des Entscheids zu machen, was ziemlich genau dem Durchschnittswert aller Abstimmungen seit 1991 entspricht. Insbesondere die überzeugten Befürworter eines EU-Beitritts hatten damit wenig Mühe; 76% von ihnen gaben an, dass dies ein eher einfacher Entscheid gewesen sei. Die dezidierten Gegner eines EU-Beitritts sowie die gemässigten Befürworter und Gegner fanden es offenbar schwieriger, die persönlichen Auswirkungen zu beurteilen. Nur knapp der Hälfte von ihnen fiel das Urteil eher leicht.

5.3 Der Zeitpunkt des Stimmenscheids

Wie noch selten zuvor waren die Meinungen bereits lange vor der Abstimmung gemacht. Für 60% der Stimmenden (Mittel 1991–2000: 35%) war der Entscheid, ob sie ein Ja oder ein Nein in die Urne legen wollen, mindestens 6 Wochen vor dem Abstimmungs-sonntag klar. Während sich sonst im Mittel 43% während der beiden letzten Wochen vor der Abstimmung entscheiden, waren es diesmal nur gerade 22%. Diese frühe Meinungsbildung bei den Bürgerinnen und Bürgern mag einerseits im Ablauf der politischen Behandlung der Vorlage begründet sein. Grosse öffentliche Debatten fanden bereits während den Verhandlungen zwischen den Diplomaten der Schweiz und der EU statt und sie erlebten während den Parlamentsberatungen über die Verträge und die sie begleitenden Massnahmen im Spätsommer und Herbst 1999 einen Höhepunkt. Andererseits war auch die Abstimmungskampagne der potentesten Befürworter der Verträge auf eine

⁶ Da seit März 2000 nur noch die Teilnehmenden nach ihrer Mediennutzung gefragt werden, sind direkte Vergleiche mit den in früheren VOX-Analysen publizierten Zahlen nicht möglich.

langfristige Wirkung angelegt gewesen. Der Vorort hatte seit 1995 regelmässig Inserate platziert, in welchen er auf die grosse Bedeutung der Verträge für die schweizerische Wirtschaft hingewiesen hatte⁷. In der Endphase der Kampagne zu den bilateralen Verträgen hielten sich die Befürworter dann merklich zurück. Da aber den Gegnern sowohl Mittel als auch geeignete Persönlichkeiten für eine wirkungsvolle Propagierung ihrer Position fehlten, blieb eine starke Mehrheit der Stimmenden bei ihrem bereits früher gefassten Entscheid.

Diese frühe Entscheidungsfindung und die geringen Auswirkungen der kurzfristigen Abstimmungskampagne spiegelten sich auch der kleinen Anzahl von Personen, welche angaben, ihre Meinung im Verlauf des Abstimmungskampfs geändert haben. Insgesamt konnten sich lediglich 6% aller Teilnehmenden daran erinnern, vom Ja-Lager ins Nein-Lager oder umgekehrt gewechselt zu haben. Weitere 24% gaben an, zuerst unentschieden oder zwischen einem Ja und einem Nein schwankend gewesen zu sein. Offenbar wirkten die Befürworter der Verträge wesentlich überzeugender. Fast dreimal mehr Personen wechselten von der Unentschiedenheit zu einem Ja als zu einem Nein. Im zeitlichen Ablauf der Meinungsänderungen sind keine Besonderheiten auszumachen. Sie erfolgten ziemlich gleichmässig über die letzten 6 Wochen vor der Abstimmung. Dass sich die kurzfristige Abstimmungskampagne kaum auf das Stimmverhalten ausgewirkt hat, wird auch durch ein weiteres Ergebnis der Analyse bestätigt: Unabhängig vom Zeitpunkt des Stimmentscheids blieb der Anteil der Ja-Stimmenden konstant bei 67%. Es gelang der gegnerischen Propaganda also in keiner Phase, das bereits vor dem Einsetzen der Kampagne bestehende Verhältnis von 2 zu 1 zwischen Befürwortern und Gegnern zu ihren Gunsten

Tabelle 5.2 Datum der Stimmentscheidung und Schwierigkeit bei der Meinungsbildung

	Bilaterale Verträge mit der EU %	Mittel 1991–2000 ^a %
<i>Zeitpunkt des Stimmentscheids (N = 685)</i>		
Mehr als 6 Wochen vor der Abstimmung	60	35
3 bis 6 Wochen vor der Abstimmung	15	16
1 bis 2 Wochen vor der Abstimmung	15	25
Einige Tage vor der Abstimmung	7	18
<i>Meinungswechsel (N = 685)</i>		
Vom Nein zum Ja	4	
Von Unentschieden zum Ja	18	
Von Unentschieden zum Nein	6	
Vom Ja zum Nein	2	
<i>Schwierigkeit der Entscheidung (N = 1017)</i>		
Eher einfache Entscheidung	54	53
Eher schwierige Entscheidung	34	33
Das Total liegt unter 100%, da «weiss nicht» und «keine Antwort» in der Tabelle nicht aufgeführt sind.		
^a Mittel errechnet aufgrund von 87 Abstimmungsvorlagen vom 3. März 1991 zum 12. März 2000.		
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai 2000.		

⁷ Année politique suisse 1997, Bern 1998, S. 385.

6. Die Analyse des Stimmverhaltens

Die sieben sektoriellen Abkommen der Schweiz mit der Europäischen Union (üblicherweise bilaterale Verträge genannt) waren in der Herbstsession 1999 vom Nationalrat mit 183 gegen 11 Stimmen und im Ständerat ohne Gegenstimme verabschiedet worden. Die Gegner, welche dann anschliessend auch erfolgreich ein Referendum lancierten, stammten aus dem Lager der äusseren Rechten (Lega dei Ticinesi, Schweizer Demokraten, Freiheitspartei), dazu kamen noch einige SVP-Abgeordnete. Während der Unterschriftensammlung erhielten sie Sukkurs vom VPM, einigen Ärzten und einer kleinen linksgrünen Gruppierung; später, während der Abstimmungskampagne, dann auch noch von etwa der Hälfte der Kantonalsektionen der SVP. Bei der Volksabstimmung wurden die Verträge mit einem Ja-Anteil von 67% gutgeheissen. Mit Ausnahme des Grenzkantons Tessin, wo die Befürchtungen vor einer Massenzuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland besonders heftig diskutiert worden waren, und - ganz knapp - des Kantons Schwyz überwogen in allen Kantonen die Ja-Stimmen. Das bei aussenpolitischen Abstimmungsthemen übliche Muster einer Differenz zwischen der deutschen und der französischen Schweiz, aber auch zwischen den grossen Städten und den ländlichen Gebieten bestand damit weiterhin, wenn es auch nicht so ausgeprägt war wie bei der Abstimmung über den Europäischen Wirtschaftsraum. Da aber nicht nur in der Romandie, sondern auch in der Deutschschweiz die Ja-Stimmen klar überwogen, wurde das unterschiedliche Verhalten in den beiden grossen Sprachregionen für einmal nicht als Graben wahrgenommen.

6.1 Die sozialen und demografischen Merkmale

Die VOX-Umfrage bestätigte zuerst einmal die Tatsache, dass die französischsprachige Schweiz den bilateralen Verträgen deutlicher zugestimmt hatte als die Deutschschweiz, und dass die Vorlage im italienischsprachigen Sprachgebiet verworfen worden war (infolge der geringen Fallzahl sind unsere Zahlen für diese Region allerdings lediglich als Tendenz zu interpretieren⁸). Wie bereits der EWR-Vertrag fanden auch die bilateralen Abkommen im städtischen und namentlich grossstädtischen Umfeld eine bessere Aufnahme als in ländlichen Gebieten. Diese Aussage gilt allerdings nur für die Deutschschweiz, wo auf dem Land nur noch eine knappe Zustimmung resultierte (55%).

Grösser als bei den geografischen Merkmalen waren die Differenzen im Stimmverhalten bei den sozialen Charakteristiken. Am ausgeprägtesten waren sie hinsichtlich der Bildung. Je höher die formale Bildung einer Person ist, desto wahrscheinlicher hat sie ein Ja in die Urne gelegt. Bei Absolventen von Höheren technischen Lehranstalten und Universitäten betrug die Zustimmungsrate nahezu 90%. Mehrheitlich abgelehnt wurden die Verträge nur von denjenigen, welche nach der obligatorischen Schulzeit keine weitere Ausbildung mehr genossen haben. Wer hingegen eine Berufslehre absolviert hat, verhielt sich mit einer Zustimmungsrate von 65% gleich wie der Durchschnitt aller Teilnehmenden. Einen spürbaren, aber deutlich geringeren Einfluss als die Bildung hatte das Alter. Dabei ragten vor allem die jüngste und die älteste Altersklasse mit stark vom Mittelwert abweichendem Verhalten heraus. Die 18-29jährigen stimmten den Verträgen zu 79% zu, die über 69jährigen lediglich mit 53%. Das Geschlecht, die Konfession und der Zivilstand hatten für das Abstimmungsverhalten keine Bedeutung.

⁸ Effektiv betrug der Ja-Stimmen-Anteil im Tessin 43% und in der italienischsprachigen Gebieten des Kantons Graubünden überwogen ebenfalls die Nein-Stimmen.

Tabelle 6.1: Bilaterale Verträge – Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen

Merkmal / Kategorie	% Ja ^a	Befragte	Korrelationskoeffizient ^b
Total	67	644	
<i>Ausbildung</i>			V = 0.29***
Obligatorische Schulzeit	41	88	
Lehre	65	316	
Matur/Lehrerseminar	(75)	(36)	
Fachschule	71	77	
Fachhochschule	88	58	
Universität	89	66	
<i>Sprachregion</i>			V = 0.24***
Deutschschweiz	67	466	
Romandie	79	134	
Italienischsprachige Schweiz	(28)	(43)	
<i>Wohnort</i>			V = 0.17***
Grossstadt	85	79	
Mittelgrosse Stadt oder Agglomerations- gemeinde	69	367	
Land	58	198	
<i>Haushaltseinkommen</i>			V = 0.19***
Unter 3000.–	57	65	
Zwischen 3000.– und 5000.–	67	147	
Zwischen 5000.– und 7000.–	59	141	
Zwischen 7000.– und 9000.–	71	80	
Über 9000.–	85	81	
<i>Alter</i>			V = 0.17***
18 bis 29 Jahre	79	66	
30 bis 39 Jahre	70	127	
40 bis 49 Jahre	68	99	
50 bis 59 Jahre	75	112	
60 bis 69 Jahre	65	120	
70 Jahre und darüber	53	120	
<i>Häufigkeit des Kirchgangs</i>			V = 0.15***
Einmal wöchentlich	54	69	
Einmal monatlich	57	68	
Mehrmals jährlich	70	127	
Nur bei gewissen Gelegenheiten	73	259	
Nie	71	51	
<i>Geschlecht</i>			n.s.
<i>Konfession</i>			n.s.

^a Gewichtete Werte.

^b Zur Interpretation der statistischen Messzahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».

Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.

Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai 2000.

6.2 Die politischen Merkmale

Wesentlich grösser waren die Unterschiede im Stimmverhalten, wenn die Stimmenden nicht nach soziodemografischen, sondern nach politischen Merkmalen gruppiert werden. Bei einigen dieser Merkmale betrug die Differenz zwischen der am stärksten und der am schwächsten zustimmenden Gruppe mehr als 50 Prozentpunkte.

Öffnung oder Abschottung der Schweiz? Das war die Grundfrage bei allen sieben sektoriellen Dossiers, und sie hat das Verhalten der Stimmbürgerschaft am meisten geprägt. 93% der Befürworter eine Öffnung der Schweiz stimmten den Verträgen zu, bei den Anhängern einer Abschottung waren es lediglich 13%⁹. Praktisch alle Anhänger eines EU-Beitritts sprachen sich für die Verträge aus. Klar abgelehnt wurden sie hingegen von den dezidierten Gegnern eines schweizerischen EU-Beitritts. Deutlich von diesen harten Beitrittsgegnern unterschied sich das Verhalten der gemässigten Opponenten eines EU-Beitritts: Diese stimmten den Verträgen mit einer Zweidrittels-Mehrheit zu. Stark wirkte sich auch das Regierungsvertrauen aus, allerdings nur bei Personen, die einen EU-Beitritt ablehnten. Beitrittsgegner mit Vertrauen in den Bundesrat stimmten den Verträgen zu 73% zu, solche, die ihm misstrauen, bloss zu 23%. Ähnlich deutlich wirkte sich die Einstellung zur Frage aus, ob Ausländer in der Schweiz gleiche Chancen haben sollen wie Schweizer. Wer dies bejahte, stimmte zu 89% für die Verträge, wer dies ablehnte, legte mehrheitlich ein Nein in die Urne. Auffallend ist aber, dass mit Ausnahme des Wertepaars Öffnung/Abschottung bei diesen Werthaltungs- und Einstellungsfragen die eigentliche Trennlinie nicht in der Mitte zwischen den beiden Polen verlief, sondern quer durch das Lager der nationalistischen, konservativen und traditionsbewahrenden Gruppe. So sprachen sich beispielsweise von denjenigen, die für eine Bevorzugung der Schweizer gegenüber Ausländern sind, immerhin 41% für die Verträge aus.

Die Befürchtungen der Umweltschutzkreise, dass der Vertrag über den Landverkehr eine starke Zunahme des Strassengütertransits bringen werde, wirkte sich auf die Akzeptanz der Verträge nicht negativ aus. Es war im Gegenteil so, dass es bei Stimmenden, welche dem Umweltschutz Priorität vor dem Wirtschaftswachstum einräumen wollen, mit einem Wert von 71% mehr Zustimmung gab als bei den Vertretern der Gegenposition (52%)¹⁰. Dass die bilateralen Verträge auch eine Liberalisierung und den Abbau von staatlichen Vorschriften beinhalten, hat das Verhalten der Stimmenden offensichtlich nicht beeinflusst. Befürworter und Gegner einer Liberalisierung der Wirtschaft haben der Vorlage im gleichen Mass zugestimmt.

In früheren Abstimmungsanalysen ist bei Personen mit geringem politischen Interesse oder schlechten Vorlagekenntnissen häufig eine überdurchschnittliche Skepsis gegenüber Regierungsvorlagen festgestellt worden. Dies traf diesmal nur in Bezug auf das politische Interesse, nicht aber auf den Kenntnisstand zu.

Bei den Sympathisanten der vier Bundesratsparteien waren deutliche Verhaltensunterschiede auszumachen. Wie üblich bei Volksabstimmungen mit ausserpolitischen Inhalten wich das Verhalten der Sympathisanten der SVP stark von demjenigen der Anhänger

⁹ Beim damit nahe verwandten Wertepaar «Öffnung versus Traditionen wahren» war der Zusammenhang ebenfalls sehr eng, aber doch etwas weniger deutlich ($V = 0.53^{***}$).

¹⁰ $V = 0.11^*$, $n = 258/54$.

Tabelle 6.2: Bilaterale Verträge – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (Einstellungen)

Merkmal / Kategorie	% Ja ^a	Befragte	Korrelationskoeffizient ^b
Total	67	644	
<i>Öffnung/Abschottung</i>			V = 0.66***
Für eine Öffnung der Schweiz	92	387	
Gemischte Wertvorstellungen	35	185	
Für eine Abschottung der Schweiz	13	62	
<i>EU-Beitritt</i>			V = 0.58***
Bestimmt dafür	100	134	
Eher dafür	99	73	
Unentschieden	89	62	
Eher dagegen	68	88	
Bestimmt dagegen	38	281	
<i>Vertrauen in die Regierung</i>			V = 0.51***
Vertrauen	88	345	
Unentschieden	68	87	
Misstrauen	35	200	
<i>Chancengleichheit für Ausländer in der Schweiz</i>			V = 0.43***
Für Chancengleichheit	89	185	
Gemischte Wertvorstellungen	76	213	
Für Bevorzugung der Schweizer	41	216	
<i>Einordnung auf der Links-/Rechts-Achse</i>			V = 0.31*** ^c
Links aussen	(100)	(28)	
Links	89	105	
Mitte	67	276	
Rechts	55	127	
Rechts aussen	(37)	(35)	
<i>Interesse an der Politik</i>			V = 0.16***
Sehr interessiert	71	153	
Ziemlich interessiert	71	337	
Eigentlich nicht interessiert	57	133	
Überhaupt nicht interessiert	(37)	(19)	

^a Gewichtete Werte.
^b Zur Interpretation der statistischen Messzahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».
^c Koeffizient ohne «keine Einordnung» berechnet.
Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai 2000.

der drei anderen Regierungsparteien ab. Verglichen mit der EWR-Abstimmung von 1992 hat sich diese Divergenz sogar noch verstärkt. Betrug damals der Abstand zwischen den Anhängern der SVP und denjenigen der beiden anderen bürgerlichen Parteien 21 Prozentpunkte, stieg er nun auf 45 (zur CVP) resp. 59 Prozentpunkte (zur FDP) an¹¹. Alle

¹¹ Siehe Kriesi, Hanspeter et al., Vox-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 6. Dezember 1992, Bern und Genf 1993.

nationalen Parteien hatten zwar die Ja-Parole ausgegeben, aber bei der SVP entschieden sich in der Folge mehr als die Hälfte der Kantonalsektionen (Zürich und v.a. die in den 90er Jahren neu gegründeten Sektionen) für ein Nein. Mit dieser Empfehlung kamen diese dissidenten Sektionen bei den SVP-Sympathisanten gut an: nur gerade 24% von ihnen stimmten den Verträgen zu. Eine gute Übereinstimmung mit der Parteiparole gab es bei der FDP (83%) und vor allem bei den SP-Sympathisanten mit einem Ja-Anteil von 93%. Wesentlich skeptischer zeigten sich die Anhänger der CVP, welche den Verträgen nur mit 69% zustimmten. Wer keiner Partei nahe steht, verhielt sich nahezu gleich wie die Gesamtheit der Teilnehmenden. In guter Übereinstimmung mit diesen Resultaten fällt auch die Analyse des Stimmverhaltens aus, wenn die Befragten gemäss ihrer Selbsteinstufung auf einer Links/Rechts-Achse gruppiert werden. Je mehr sich jemand auf der Skala auf der linken Seite einordnete, umso wahrscheinlicher war seine Zustimmung zu den Verträgen. Eine Nein-Mehrheit ergab sich allerdings nur gerade bei Personen, welche sich der äusseren Rechten zuordneten¹².

Deutlich über dem Gesamtmittel lag die Zustimmung zu den bilateralen Verträgen bei Personen, welche einem Angestelltenverband angehören, oder sich zumindest den Beitritt zu einem solchen vorstellen könnten. Leicht über dem Durchschnittswert fiel die Annahme der Verträge bei Bürgerinnen und Bürgern aus, welche einer Gewerkschaft, einer Interessenorganisation des Gewerbes oder einem Umweltschutzverband

Tabelle 6.3: Bilaterale Verträge – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (Organisationen)

Merkmal / Kategorie	% Ja ^a	Befragte	Korrelationskoeffizient ^b
Total	67	644	
<i>Parteisympathie</i>			V = 0.57*** ^c
Sozialdemokratische Partei	93	89	
Christlichdemokratische Volkspartei	69	49	
Freisinnig-Demokratische Partei	83	81	
Schweizerische Volkspartei	24	62	
Ohne Parteisympathie	64	211	
<i>Nähe zu Interessenorganisationen^d</i>			
Angestelltenverbände	82	162	V = 0.19*** ^e
Gewerkschaften	74	148	V = 0.08* ^e
Gewerbeverband	77	124	V = 0.10*** ^e
Umweltschutzorganisationen	73	279	V = 0.10*** ^e
<i>AUNS</i>	31	70	V = 0.29*** ^e

^a Gewichtete Werte.
^b Zur Interpretation der statistischen Messzahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».
^c Koeffizient ohne «ohne Parteisympathie» berechnet.
^d Definiert als Mitglied oder «Könnte mir Beitritt vorstellen».
^e In Beziehung zu Nichtmitgliedern und Personen, die sich einen Beitritt nicht vorstellen können.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai 2000.

¹² Die in der Tabelle angegebenen 37% für diese Gruppe sind aufgrund der geringen Fallzahl als Tendenz zu betrachten. Als zur äusseren Rechten zählend wurden hier Personen mit Werten zwischen 8 und 10 auf der von 0–10 reichenden Skala gewertet.

angehören oder nahe stehen. Nicht überraschen kann die klare Ablehnung der Verträge durch Mitglieder und Sympathisanten der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), hatte diese doch die Nein-Parole ausgegeben. Dass die Ablehnung durch diesen Personenkreis nicht noch deutlicher ausfiel, mag damit zu tun haben, dass sich der Präsident der AUNS, Nationalrat Christoph Blocher, nicht hinter diese Empfehlung stellte.

7. Die Entscheidungsmotive

Um Informationen zu den Entscheidungsmotiven zu gewinnen, wurden den an der Abstimmung Teilnehmenden zwei Fragen gestellt. Zuerst hatten sie - ohne Vorgaben - die Motive zu nennen, welche sie am stärksten und am zweitstärksten zu ihrem Entscheid veranlasst hatten (spontane Entscheidungsmotive). Anschliessend konnten sie zu je sechs Pro- und Kontra-Argumenten zustimmend oder ablehnend Stellung nehmen.

7.1 Die spontanen Entscheidungsmotive

Das wichtigste Motiv für die Annahme der Vorlage bestand in der Überzeugung, dass die Schweiz offen sein muss und sich gegenüber der Entwicklung in Europa nicht verschliessen darf. Praktisch ebenso oft wurden die Vorteile genannt, welche der Schweiz aus den

Tabelle 7.1: Motive der Ja-Stimmenden (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäusserte Gründe für ein Ja	Prozent der Antwortenden ^a	
<i>Für eine Öffnung der Schweiz gegen eine Abschottung</i>	57	
<i>Bringt Vorteile</i>	54	
Für die Wirtschaft		25
Für die Jungen		14
Generelle und andere Vorteile		15
<i>EU-bezogene Motive</i>	43	
Ist ohnehin für EU-Beitritt		23
Für mehr Zusammenarbeit mit der EU		10
Verträge verhindern einen EU-Beitritt		10
<i>Für die Einführung des freien Personenverkehrs</i>	7	
<i>Verträge sind ein guter Kompromiss</i>	5	
<i>Falsche und unverständliche Motive, weiss nicht</i>	1	
<i>Allgemeine und andere Gründe</i>	8	

^a Insgesamt haben 471 befragte Ja-Stimmende geantwortet. Weil mehrere Antworten möglich waren, steigt das Total der Prozente auf über 100 an.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai 2000.

Verträgen erwachsen. Diese Vorteile wurden vor allem für die Wirtschaft und für die Jungen erwartet. Damit reflektierten die Befragten auch die Werbung für ein Ja zu den Verträgen, welche die Bereiche «Verhinderung von Diskriminierungen für die schweizerische Exportwirtschaft» und «bessere Chancen für die Jungen, im Ausland berufliche Erfahrungen zu sammeln und sich weiterzubilden» in den Vordergrund gestellt hatte. Das Argument, dass man mit der Zustimmung etwas für die Jungen habe tun wollen, wurde besonders oft von älteren Personen erwähnt (rund 20% der mindestens 60jährigen). Gut zwei von fünf Ja-Stimmenden begründeten ihren Entscheid mit EU-spezifischen Argumenten, wobei diejenigen, welche für eine enge Zusammenarbeit mit der EU oder gar für einen Beitritt sind, deutlich überwogen. Nur jeder zehnte Befürworter der Verträge stimmte diesen zu, weil er hoffte, damit einen EU-Beitritt verhindern zu können. Obwohl bei der Volksabstimmung zu den bilateralen Verträgen im Gegensatz zu derjenigen von 1992 über den EWR kein tiefer Graben zwischen der Romandie und der Deutschschweiz bestand, unterschieden sich die Motive für die Ja-Stimmenden der beiden Sprachregionen deutlich¹³. Das Motiv, dass man für die Verträge sei, weil man ohnehin einen EU-Beitritt befürworte, dominierte in der Romandie mit 59%, während es lediglich von 11% der Befürworter in der Deutschschweiz erwähnt wurde. Rund dreimal häufiger als im Landesmittel gaben die Romands zudem an, im Interesse der Jungen Ja gestimmt zu haben. In der Deutschschweiz wurde die Ja-Stimme überdurchschnittlich oft mit dem generellen Wunsch nach einer Öffnung des Landes (63%) und mit den Vorteilen für die Wirtschaft (28%) begründet.

Bei den Personen, welche sich gegen die bilateralen Verträge ausgesprochen hatten, dominierte bei den Motiven die Opposition gegen das Abkommen über den freien Personenverkehr. Fast jeder zweite erwähnte das Argument, dass die Verträge zu einer starken und von ihm unerwünschten Einwanderung von Ausländern führen würde¹⁴. Etwas weniger, aber immerhin noch 38% der Nein-Stimmenden begründeten ihre Ablehnung auch mit Argumenten, welche sich allgemein gegen die EU als Organisation resp. gegen eine Zusammenarbeit mit ihr oder gar einen Beitritt zu ihr richten. Die vor allem von Nationalrat Christoph Blocher vertretene Behauptung, dass die Verträge von der Regierung schlecht ausgehandelt worden seien, spielte für 10% der Nein-Stimmenden eine wichtige Rolle. Ebenfalls rund jede zehnte Ablehnung wurde mit der Kritik an zwei anderen sektoriellen Abkommen (Landverkehr bzw. Landwirtschaft) begründet.

7.2 Pro- und Kontra-Argumente

Als Ergänzung zu den oben dargestellten spontan von den Befragten genannten Motiven legten wir ihnen auch je sechs während der Kampagne vorgebrachte Pro- und Kontra-Argumente zur Stellungnahme vor.

Die Pro-Argumente polarisierten die Befürworter und Gegner der Verträge relativ stark. Bürgerinnen und Bürger, welche die Verträge angenommen hatten, unterstützten die am häufigsten verwendeten Pro-Argumente (Notwendigkeit von Verträgen mit der EU,

¹³ Infolge der geringen Zahl von französischsprachigen Gegnern der Verträge in der Befragung lässt sich diese Analyse für die Kontra-Argumente nicht durchführen.

¹⁴ Die Befragten konnten wie immer in den VOX-Analysen die zwei für sie wichtigsten Motive nennen. Werden aus der Überlegung heraus, dass die Befragten zuerst das für sie wichtigste Argument erwähnten, nur diese Erstnennungen berücksichtigt, dann wird die Ablehnung der Personenfreizügigkeit von 27% der Nein-Stimmenden angegeben, 25% nennen gegen die EU gerichtete Motive.

Tabelle 7.2: *Motive der Nein-Stimmenden (mehrere Antworten möglich)*

<i>Spontan geäußerte Gründe für ein Nein</i>	<i>Prozent der Antwortenden*</i>	
<i>Gegen Personenfreizügigkeit</i>	48	
<i>Gegen Einwanderung von Ausländern</i>		26
<i>Bringt Lohndumping</i>		13
<i>Andere Argumente gegen Personenfreizügigkeit</i>		9
<i>EU-bezogene Motive</i>	38	
<i>Allgemein gegen die EU gerichtete Motive</i>		17
<i>Ist gegen einen EU-Beitritt</i>		13
<i>Ist gegen eine Annäherung an die EU</i>		8
<i>Verträge sind schlecht oder unnötig</i>	22	
<i>Sie sind schlecht ausgehandelt</i>		10
<i>Sie sind unnötig</i>		8
<i>Sie kosten zu viel</i>		4
<i>Generell für die Wahrung der Unabhängigkeit</i>	15	
<i>Gegen Landverkehrsabkommen</i>	12	
<i>Gegen Landwirtschaftsabkommen</i>	10	
<i>Falsche und unverständliche Motive, weiss nicht</i>	4	
<i>Allgemeine und andere Gründe</i>	18	

* Insgesamt haben 171 befragte Nein-Stimmende geantwortet. Weil mehrere Antworten möglich waren, steigt das Total der Prozente auf über 100 an.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai 2000.

Wichtigkeit für die Wirtschaft sowie Möglichkeit von Studien- und Berufserfahrungen im Ausland) mit Mehrheiten von über neunzig Prozent, zeigten sich aber sehr skeptisch bezüglich der sogenannten begleitenden Massnahmen. Nur wenig mehr als die Hälfte von ihnen glaubte, dass diese Massnahmen eventuelle negative Auswirkungen der Abkommen über die Personenfreizügigkeit und den Landverkehr verhindern könnten. Dass sich diese Bedenken nicht negativ auf ihren Entscheid ausgewirkt haben, könnte damit zu tun haben, dass nur 20% von ihnen annahmen, dass es aufgrund der Verträge zu einer starken Einwanderung kommen wird. Bemerkenswert häufig waren bei den Begleitmassnahmen sowohl bei den Vertragsbefürwortern als auch bei den -gegnern (welche diese Massnahmen überwiegend für ungenügend hielten) diejenigen, die sich darüber kein Urteil zutrauten.

Bei keinem einzigen Pro-Argument zeigte sich eine Mehrheit der Gegner einverstanden. Am ehesten gestanden sie noch der Behauptung eine gewisse Bedeutung zu, dass die Schweiz vertraglich geregelte Beziehungen mit der EU brauche, und dass im Ausland gesammelte Ausbildungs- und Berufserfahrungen für Schweizerinnen und Schweizer wichtig seien. Aber auch hier sprachen sich mehr dagegen als dafür aus.

Das einzige Argument, wo sich Ja- und Nein-Stimmende in ihrem Urteil nur wenig unterschieden, war dasjenige, dass mit dem Abschluss der bilateralen Verträge die Frage eines EU-Beitritts für einige Zeit ad acta gelegt werden könne. Diese Ansicht war in der Pro-Kampagne von Beitrittsgegnern vorgebracht worden, welche damit ihren Gesinnungsgegnossen eine Zustimmung zu den Verträgen schmackhaft machen wollten. Bei gegen einen EU-Beitritt eingestellten Ja-Stimmenden – an die es schliesslich auch gerichtet war – fand dieses Argument grosse Unterstützung (72%)¹⁵.

Bei den Vertragsgegnern stiessen diejenigen Kontra-Argumente auf die grösste Zustimmung, welche die hohen Kosten, die zunehmende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und

Tabelle 7.3: Bilaterale Verträge - Anklang der Pro-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

Merkmal / Kategorie		Ein- verstanden	Nicht ein- verstanden	Weiss nicht	Keine Antwort
«Die schweizerische Wirtschaft braucht die bilateralen Abkommen»	Stimmende	70	19	9	2
	Ja-Stimmende	95	2	4	0
	Nein-Stimmende	24	57	16	2
«Die Schweiz braucht vertraglich abgesicherte Beziehungen zur EU»	Stimmende	74	19	5	1
	Ja-Stimmende	93	2	4	0
	Nein-Stimmende	38	54	7	2
«Für die Schweizerinnen und Schweizer ist es wichtig, im Ausland studieren und arbeiten zu können»	Stimmende	71	19	9	1
	Ja-Stimmende	91	6	3	0
	Nein-Stimmende	34	44	20	2
«Die Begleitmassnahmen zu den bilateralen Abkommen genügen, dass es nicht zu Lohndumping kommen wird»	Stimmende	40	30	28	2
	Ja-Stimmende	55	14	29	2
	Nein-Stimmende	11	63	26	1
«Die Begleitmassnahmen zu den bilateralen Abkommen genügen, dass der Gütertransit mittelfristig von der Strasse auf die Schiene verlagert wird.»	Stimmende	38	37	25	0
	Ja-Stimmende	51	23	26	0
	Nein-Stimmende	13	67	20	0
«Dank den bilateralen Abkommen ist der EU-Beitritt für einige Zeit vom Tisch»	Stimmende	43	45	11	1
	Ja-Stimmende	49	40	10	1
	Nein-Stimmende	32	55	12	1
Resultate in Linienprozenten. n Gesamtheit der Stimmenden = 685. Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai 2000.					

¹⁵ Da dem Argument aber nur 32% der Anhänger eines EU-Beitritts zustimmten, ergab sich bei den Ja-Stimmenden insgesamt lediglich eine Zustimmungsrate von 49%.

die Einwanderung von Ausländern zum Thema hatten. Besonders stark polarisierten die Gegen-Argumente, welche von den Verträgen eine massive Einwanderung und negative Folgen für die Landwirtschaft und das Gewerbe befürchteten. Das Argument, dass das Abkommen über die Personenfreizügigkeit zu grösserer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt führen wird, wirkte sich auf die Entscheidungsfindung der positiv zu den Verträgen Eingestellten überhaupt nicht aus. Eine starke Mehrheit von ihnen stimmte dieser Behauptung ebenso wie die meisten Vertragsgegner zu, sah darin jedoch keinen Anlass für eine andere Beurteilung der bilateralen Abkommen. Stark geteilt waren die Meinungen zwischen Ja- und Nein-Stimmenden hingegen in Bezug auf das Verhandlungsgeschick des Bundesrats. Zwei Drittel der Vertragsgegner, aber nur gerade 6% der Befürworter glaubten, dass da für die Schweiz mehr dringeliegen hätte.

Erklärungsbedürftig sind die Resultate zu dem in der Gegenkampagne verwendeten Argument, dass diese Verträge nur ein weiterer Schritt auf dem Weg zu dem vom Bun-

Tabelle 7.4: Bilaterale Verträge – Anklang der Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

Kontra-Argumente		Ein- verstanden	Nicht ein- verstanden	Weiss nicht	Keine Antwort
«Die bilateralen Abkommen werden die Schweiz teuer zu stehen kommen»	Stimmende	51	28	19	1
	Ja-Stimmende	34	40	25	1
	Nein-Stimmende	86	6	7	1
«Die bilateralen Abkommen werden die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt erhöhen»	Stimmende	76	14	10	1
	Ja-Stimmende	73	15	11	0
	Nein-Stimmende	84	9	6	1
«Die bilateralen Abkommen führen zu einer starken Zunahme der Einwanderung von Ausländern»	Stimmende	41	47	12	0
	Ja-Stimmende	20	66	14	0
	Nein-Stimmende	80	12	8	1
«Die bilateralen Abkommen bedeuten das Ende für viele Landwirtschafts- und Gewerbebetriebe»	Stimmende	34	48	17	1
	Ja-Stimmende	15	66	18	1
	Nein-Stimmende	74	15	11	1
«Die bilateralen Abkommen sind der erste Schritt zu einem EU-Beitritt»	Stimmende	61	30	8	1
	Ja-Stimmende	59	34	6	1
	Nein-Stimmende	67	21	10	1
«Die Verträge sind schlecht ausgehandelt worden»	Stimmende	27	53	18	2
	Ja-Stimmende	6	75	17	2
	Nein-Stimmende	67	12	19	2

Resultate in Linienprozenten.

n Gesamtheit der Stimmenden = 685.

Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai 2000.

desrat seit 1992 als Ziel verkündeten EU-Beitritt seien. Gewitzigt durch die negativen Erfahrungen bei der EWR-Abstimmung¹⁶, stritten diesmal sowohl die Landesregierung als auch die meisten Exponenten der Pro-Kampagne jeglichen Konnex zwischen den bilateralen Verträgen und der Beitrittsfrage ab. Bei der Beurteilung dieses Arguments gab es kaum Unterschiede zwischen Ja- und Nein-Stimmenden. Die EU-Befürworter brauchten dieser Kontroverse keine Achtung zu schenken, da es nicht an sie gerichtet war. Für die Gegner eines EU-Beitritts stellte ein Konnex zwischen den bilateralen Verträgen und einer späteren vollen Integration in die EU eine Bedrohung dar. Wer von ihnen der Kontra-Propaganda glaubte, dass ein Konnex bestehe, musste folgerichtig Nein stimmen. Wer hingegen dem Bundesrat glaubte, der konnte die Verträge aufgrund anderer Kriterien beurteilen und eventuell ein Ja in die Urne legen. Die Ergebnisse unserer Befragung bestätigen diese theoretischen Überlegungen. Wer von den entschlossenen Gegnern eines EU-Beitritts mit dem Argument nicht einverstanden war, also keinen Konnex zwischen Verträgen und EU-Beitritt erkennen konnte, stimmte den Verträgen mit einer Mehrheit von 69% zu. Wer hingegen der Kontra-Kampagne glaubte, dass da ein enger Zusammenhang bestehen würde, lehnte sie zu 80% ab¹⁷.

¹⁶ Bundesrat Ogi hatte damals in einem gutgemeinten, aber viel kritisierten Votum den EWR als «Trainingslager» für die Vollmitgliedschaft bezeichnet.

¹⁷ $V = 0.48^{***}$.

8. Einige Vergleiche mit der EWR-Abstimmung

Den bilateralen Verträgen wurde von den Bürgerinnen und Bürgern sehr grosse Bedeutung zugemessen und die Stimmbeteiligung fiel denn auch überdurchschnittlich hoch aus. Trotzdem vermochte die Vorlage bei weitem nicht in dem Ausmass zu mobilisieren wie die EWR-Abstimmung von 1992. Es blieben vor allem diejenigen der Urne fern, welche sich üblicherweise kaum an Abstimmungen beteiligen und/oder nur ein geringes Interesse an Politik haben. So partizipierten Personen, die angaben, an maximal zwei von zehn Volksabstimmungen teilzunehmen, zu 60% an der EWR-Abstimmung aber nur zu 4% an derjenigen über die bilateralen Verträge. Diese Stimmberechtigten hatten beim EWR überdurchschnittlich oft Nein gestimmt. Dass sie diesmal zu Hause blieben, hat mit grosser Wahrscheinlichkeit zum guten Resultat der bilateralen Verträge beigetragen. Dieser Effekt war allerdings für die Annahme der Verträge nicht entscheidend.

Viel wichtiger war es, dass im Gegensatz zum EWR diesmal die zahlenmässig grosse Gruppe der Stimmenden mit einer Berufslehre als höchstem Bildungsabschluss zustimmte¹⁸. Bei keiner anderen Bildungsgruppe hat der Anteil der Ja-Stimmen derart zugenommen (19 Prozentpunkte). Dieses Verhalten kann nicht mit rein wirtschaftlichen Motiven erklärt werden: Ja-Stimmende mit einer Berufslehre begründeten ihren Entscheid ebenso oft mit dem Wunsch nach einer Öffnung der Schweiz resp. nach einem EU-Beitritt wie die übrigen Ja-Stimmenden. Diese Veränderung im Stimmverhalten der Personen mit einer Berufslehre fand ausschliesslich in der Deutschschweiz statt (in der Romandie hatten sie bereits den EWR massiv unterstützt). Entsprechend fiel denn auch der Graben zwischen den beiden Sprachregionen nicht mehr so tief aus wie beim EWR-Entscheid. Ein dritter Graben bei der EWR-Abstimmung, derjenige zwischen Stadt und Land, hat hingegen, zumindest in der Deutschschweiz, nichts von seiner Bedeutung eingebüsst; er war aber weniger auffällig als beim EWR, da es diesmal auch in den deutschsprachigen ländlichen Regionen zu einer knappen Ja-Mehrheit reichte.

Die Einstellung zu einem EU-Beitritt war sowohl 1992 als auch jetzt von grosser Bedeutung für den Entscheid der Stimmenden. Im Unterschied zur EWR-Abstimmung verlief die Konfliktlinie diesmal aber nicht zwischen Integrationsbefürwortern und -gegnern, sondern quer durch das Lager der Gegner. Von ihnen hatten 1992 bloss 28% für den EWR gestimmt, jetzt aber immerhin 45% für die Verträge. Dieser Wandel war bei den gemässigten Beitrittsgegnern sehr ausgeprägt (Differenz 25 Prozentpunkte), fiel aber auch bei den entschlossenen Gegnern mit 14 Prozentpunkten noch deutlich aus. Dabei stand für die beitriffsfeindlichen Befürworter der bilateralen Verträge bei ihrem Entscheid nicht etwa das Motiv der Verhinderung eines EU-Beitritts im Vordergrund (das kam zwar auch vor), sondern der Wunsch nach einer Öffnung der Schweiz und die Erwartung von wirtschaftlichen Vorteilen. Im Vergleich zu 1992 hat sich die SVP noch stärker als Partei der Integrationsgegner profiliert. Ihre Sympathisanten lehnten die bilateralen Verträge noch deutlicher ab als sie gegen den EWR gestimmt hatten, und die Distanz zu den beiden andern bürgerlichen Bundesratsparteien ist angewachsen.

¹⁸ Stimmende der untersten Bildungsstufe (obligatorische Schule) machten diese Bewegung nicht mit und lehnten die Verträge sogar noch deutlicher ab als den EWR.

Die meisten Ja-Stimmenden begründeten ihre Zustimmung zu den bilateralen Verträgen ähnlich, wie es die Befürworter eines EWR-Beitritts getan hatten, nämlich mit dem Wunsch nach einer Öffnung der Schweiz und mit den zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteilen. Neu dazu kamen jetzt bei den Ja-Stimmenden direkt auf die EU bezogene Argumente. Zum einen geschah dies in der Romandie, wo mehr als die Hälfte ihr Ja damit begründeten, dass sie ohnehin für einen Beitritt zur EU seien. Zum anderen kamen EU-spezifische Argumente bei den zustimmenden EU-Beitrittsgegnern vor, von denen ein Teil die Verträge als Mittel zur Verhinderung einer vollen Integration guthiess. Obwohl bereits der EWR eine Alternative zu einem Beitritt dargestellt hätte, wurde dieses Argument damals nicht genannt. Das von den Gegnern der bilateralen Verträge am häufigsten genannte Motiv, die Angst vor einer Einwanderungswelle, kam beim EWR ebenfalls vor, hatte aber eine weniger grosse Bedeutung. Das damals wichtige Argument der Ablehnung einer Unterordnung unter die EU spielte hingegen bei den Verträgen eine deutlich geringere Rolle, was natürlich auch am unterschiedlichen Gehalt der beiden Vorlagen liegt.

9. Methodischer Steckbrief

Der vorliegende Bericht beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung. Das GfS-Forschungsinstitut führte die Befragung innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung vom 21. Mai 2000 durch. Die Analyse wurde durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (IPW) vorgenommen.

Die Befragung wurde von 42 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch ausgeführt, wobei das GfS-Forschungsinstitut als Kontrollinstanz die Möglichkeit hatte, die Interviews extern und ohne dass dies für die BefragterInnen und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren, wobei auf der ersten Stufe (Sprachregionen) eine proportionale Schichtung vorgenommen wurde. Hierfür bildeten die offiziellen Statistiken des Jahres 1994 die Grundlage. Auf der zweiten Stufe (Haushalte) erfolgte eine Zufallsauswahl aus dem elektronischen Telefonverzeichnis der Swisscom. Die Auswahl auf der dritten Stufe (stimmberichtigte Personen aus dem jeweiligen Haushalt) erfolgte nach dem «Geburtstagsprinzip». Die Stichprobe betrug 1017, wobei wie bereits bei der VOX Nr. 69 mit Stimmberechtigten, die sich nicht an der Volksabstimmung beteiligt hatten, nur ein Teil des Interviews durchgeführt wurde. Von den ursprünglich ausgewählten 4962 Adressen wären 2245 für ein Interview in Frage gekommen. Davon verweigerten 1203 die Befragung oder brachen sie ab und 25 Interviews konnten aus Qualitätsgründen nicht verwendet werden. Die Verweigerungsquote belief sich demnach auf 55%; d.h. 45% der ursprünglich geplanten Interviews konnten durchgeführt und verwendet werden. Diese Ausschöpfungsquote wurde vom GfS-Forschungsinstitut auf 64% bei den Teilnehmenden und auf 28% bei den Abwesenden an der Abstimmung geschätzt¹⁹.

Die Bestimmung des Signifikanzniveaus stützt sich auf den Unabhängigkeitstest mittels Chi-Quadrat. Dabei bedeutet * eine Signifikanz von unter 0.05, ** eine solche von unter 0.01 und *** eine solche von unter 0.001. Im ersteren Fall heisst dies, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Zusammenhang zwischen zwei Variablen zufällig entstanden ist, unter fünf Prozent liegt, im letzten Fall wäre diese Wahrscheinlichkeit bei weniger als einem Promille. Alle Beziehungen zwischen zwei Variablen mit einem Signifikanzwert von über 0.05 sind gemäss statistischen Konventionen für die Sozialwissenschaft als nicht signifikant anzusehen. Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient von Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von 0 von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von 1 von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden. Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da zu ihrer Berechnung auch die Anzahl der Merkmalskategorien beider Variablen und die Fallzahl verwendet wird.

Die gesellschaftliche Repräsentativität ist weitgehend gewährleistet. Einzig beim Alter ergab sich eine erwähnenswerte Übervertretung einer Gruppe (65 Jahre und mehr: +5%). Wie immer sind die AbstimmungsteilnehmerInnen in der Stichprobe übervertreten. Dass die Abweichung von der realen Abstimmungsbeteiligung stärker als sonst abweicht (19 Prozentpunkte) könnte mit der grossen Bedeutung zusammenhängen, welche der

¹⁹ Vgl. dazu und zu weitem technischen Angaben auch Longchamp, C., Bieri, U., Golder, L., Ulrich, G., Technischer Bericht zur VOX-Analyse Nr. 70 vom 21. Mai 2000, Bern 2000, S. 11 und 15–18.

Abstimmungsvorlage von den Bürgerinnen und Bürgern zugemessen worden ist (siehe dazu oben, Kap. 3). In der Umfrage ist, eventuell aus demselben Grund, auch der Anteil der Befragten, welche angaben, der Vorlage zugestimmt zu haben, mit 73% um sechs Prozentpunkte zu hoch ausgefallen. Wir haben deshalb zum erstenmal in den VOX-Analysen für die Durchführung bestimmter Berechnungen Gewichtungsfaktoren für die Beteiligung resp. das Abstimmungsverhalten verwendet²⁰.

Die Grösse der Stichprobe (1017 Personen) ergibt bei einer reinen Zufallsauswahl und einer Verteilung der Prozentwerte von 50%:50% einen Stichprobenfehler von ± 3.2 Prozentpunkten. Bei einer geringeren Stichprobengrösse erhöht er sich, z.B. bei den knapp 700 AbstimmungsteilnehmerInnen in der vorliegenden Untersuchung auf ± 3.8 . Liegen die Prozentwerte weiter auseinander, so reduziert sich der Stichprobenfehler (z.B. bei einem Ergebnis von rund 70%:30% auf ± 3.6 und bei 80%:20% auf ± 3.0).

²⁰ Vgl. dazu Longchamp, a.a.O., S. 26–27. Gewichtungsfaktoren für die Beteiligung: Ja = 0.70, Nein = 1.60.

Hauptresultate der Analyse der Abstimmung vom 21. Mai 2000

Am 21. Mai 2000 hatten die Stimmberechtigten über eine einzige Vorlage, die *Genehmigung der bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union* zu befinden. Bei einer überdurchschnittlich hohen Stimmbeteiligung von 48% nahmen sie die Verträge mit einer Mehrheit von 67% Ja-Stimmen an. Damit sprachen sie sich für eine gegenseitige Liberalisierung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU in sieben Politikbereichen aus. Die zwei politisch bedeutendsten Abkommen bringen für die Schweiz eine schrittweise Einführung der Freizügigkeit im Personenverkehr und eine Aufhebung der 28-Tonnen-Limite für Lastwagen.

Die Abstimmung über die bilateralen Verträge war im Urteil der Bürgerinnen und Bürger die *wichtigste seit derjenigen über den Beitritt zum EWR*. Insbesondere überzeugte Anhängerinnen und Anhänger eines EU Beitritts massen ihr sowohl für das Land als Ganzes als auch für sich selbst sehr hohe Bedeutung zu. Zur überdurchschnittlich hohen Stimmbeteiligung trugen vor allem jene bei, welche zur Frage eines EU-Beitritts eine klare – positive oder negative – Meinung haben. Obwohl in der Pro-Werbung die Vorteile für Junge beim Erwerb von Ausländerfahrungen herausgestrichen worden sind, liessen sich diese nur schlecht zu einem Gang an die Urne bewegen.

Der *Informationsstand* der Stimmenden war recht gut. Praktisch alle konnten sich in der Nachbefragung noch an den Titel der Abstimmung erinnern und 35% konnten mindestens drei Dossiers aufzählen. Dabei erstaunt es nicht, dass die am heftigsten umstrittenen Verträge (Personenfreizügigkeit und Landverkehr) weitaus am häufigsten genannt wurden.

Wie noch selten zuvor waren die *Meinungen bereits sehr früh gemacht*. Für 60% der Stimmenden war der Entscheid, ob sie ein Ja oder ein Nein in die Urne legen wollen, spätestens sechs Wochen vor der Abstimmung klar. Der Anteil derjenigen, die sich erst während der beiden letzten Wochen vor der Abstimmung entschieden haben, war mit 22% nur etwa halb so gross wie sonst bei eidgenössischen Urnengängen. Nur sehr wenige änderten ihre Meinung zu den Verträgen im Verlauf der Kampagne und haben vom Ja-Lager ins Nein-Lager oder umgekehrt gewechselt. Bei zu Beginn des Abstimmungskampfs unschlüssigen Personen war die Werbung für die Verträge wesentlich erfolgreicher als diejenige der Gegner.

Im *Abstimmungsprofil nach soziodemografischen Merkmalen* zeigte sich das aus anderen aussenpolitischen Abstimmungen bekannte Muster: Stimmende aus der französischsprachigen Schweiz, aus den Städten und solche mit einer besseren Ausbildung legten überdurchschnittlich oft ein Ja in die Urne. Dabei fiel die Differenz zwischen der Deutschschweiz und der Romandie deutlich kleiner aus als bei der EWR-Abstimmung, während sie zwischen Stadt und Land stabil geblieben und zwischen der niedrigsten und der höchsten Bildungsstufen sogar noch grösser geworden ist. Anders als beim EWR haben diesmal vor allem Personen mit einer Berufslehre gestimmt. Lehnten sie den EWR noch ebenso stark ab wie Personen mit obligatorischer Schulbildung, stimmten sie nun den bilateralen Verträgen klar zu.

Entscheidender als die soziodemografischen Merkmale haben sich politische Werthaltungen und Einstellungen auf den Abstimmungsentscheid ausgewirkt. Im Zentrum stand die *Grundfrage nach einer Öffnung oder einer Abschottung der Schweiz*. 93% der Befürworter einer Öffnung der Schweiz stimmten den Verträgen zu, bei den Anhängern einer Abschottung waren es bloss 13%. Von grosser Bedeutung war auch die damit eng verbundene Frage nach der Einstellung zu einem EU-Beitritt. Praktisch alle Anhänger eines EU-Beitritts sprachen sich für die Verträge aus. Klar abgelehnt wurden sie hingegen von den dezidierten Gegnern eines EU-Beitritts. Anders verhielten sich die gemässigten Opponenten eines EU-Beitritts: sie stimmten den Verträgen mit einer Zweidrittel-Mehrheit zu.

Ebenfalls deutliche Verhaltensunterschiede waren bei den *Sympathisanten der vier Bundesratsparteien* auszumachen. Drei von vier Sympathisanten der SVP lehnten die Verträge ab. Bei den Anhängern der drei anderen Regierungsparteien fiel die Zustimmung zu den Verträgen bei der SP und der FDP sehr deutlich aus, während bei der CVP jeder Dritte ein Nein einlegte.

Das *wichtigste Motiv für die Annahme der Vorlage* bestand in der Überzeugung, dass die Schweiz offen sein muss und sich gegenüber der Entwicklung in Europa nicht verschliessen darf. Praktisch ebenso oft wurden die Vorteile genannt, welche der Schweiz und ihren Bewohnern aus den Verträgen erwachsen. Das Motiv, mit einer Annahme der Verträge die EU-Beitrittsfrage vom Tisch zu haben, war nur für 10% der Ja-Stimmenden relevant. Die Zustimmung erfolgte in den beiden grossen Sprachregionen nicht aus den genau gleichen Gründen. In der Deutschschweiz dominierte bei den Befürwortern der Wunsch nach einer generellen Öffnung der Schweiz und die Erwartung von Vorteilen, insbesondere für die Wirtschaft. In der Romandie gaben mehr als die Hälfte an, für die Verträge gestimmt zu haben, weil sie ohnehin für einen Beitritt zur EU seien. Argumente, welche die Notwendigkeit von Verträgen mit der EU, deren Wichtigkeit für die Wirtschaft sowie die verbesserten Studien- und Berufsmöglichkeiten im Ausland betonten, fanden bei den Ja-Stimmenden besonders grossen Anklang.

Bei den Nein-Stimmenden dominierte die *Furcht vor einer starken Einwanderung* von Ausländern. Etwas weniger, aber immerhin noch 38% der Nein-Stimmenden begründeten ihre Ablehnung auch mit ihrer Opposition zur EU. Kontra-Argumente, welche die hohen Kosten, die zunehmende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und die Einwanderung von Ausländern zum Thema hatten, stiessen bei den Vertragsgegnern auf die grösste Zustimmung.

Im *Vergleich zur EWR-Abstimmung* von 1992 haben die bilateralen Verträge von der viel geringeren Mobilisierung von Personen profitiert, welche sich sonst kaum an Abstimmungen beteiligen und/oder nur ein geringes Interesse an Politik haben. Diese stimmten beim EWR überdurchschnittlich oft Nein, am Urnengang vom 21. Mai haben sie nicht teilgenommen. Dieser Effekt war allerdings für die Annahme der Verträge nicht entscheidend. Viel wichtiger war es, dass im Gegensatz zum EWR diesmal die zahlenmässig grosse Gruppe der Stimmenden mit einer Berufslehre als höchstem Bildungsabschluss zustimmte. Bei keiner anderen Bildungsgruppe hat der Anteil der Ja-Stimmen derart zugenommen. Dieses Verhalten kann nicht mit rein wirtschaftlichen Motiven dieser Personen erklärt werden: sie begründeten ihren Entscheid ebenso oft mit dem Wunsch nach einer Öffnung der Schweiz resp. nach einem EU-Beitritt wie die übrigen Ja-

Stimmenden. Ein zweiter entscheidender Grund für das gute Abschneiden der bilateralen Verträge lag im veränderten Verhalten der Gegner eines EU-Beitritts. Von ihnen stimmten 1992 bloss 28% für den EWR, jetzt aber immerhin 45% für die Verträge. Dabei stand für diese Befürworter nicht etwa das Element der Verhinderung eines EU-Beitritts im Vordergrund, sondern der Wunsch nach einer Öffnung der Schweiz und die Erwartung von wirtschaftlichen Vorteilen.

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer *von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung*. Das GfS-Forschungsinstitut führte die Befragung innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung vom 21. Mai 2000 durch. Die Analyse der Daten wurde durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (IPW) vorgenommen. Die Befragung wurde von 42 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch ausgeführt, wobei das GfS-Forschungsinstitut als Kontrollinstanz die Möglichkeit hatte, die Interviews extern und ohne dass dies für die BefragterInnen und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren. Der Stichprobenumfang beträgt 1017 stimmberechtigte Personen.

Europa auf polittrends.ch –

Einstellung der Bevölkerung zur Europafrage vor, während und nach der Abstimmung zu den bilateralen Verhandlungen.

Seit zehn Jahren analysiert das GfS-Forschungsinstitut europäische Pro- und Contra-Strömungen in der Bevölkerung. Entstanden ist eine lückenlose Dokumentation über die Einstellung der Schweizer Bevölkerung in Europafragen, welche ihresgleichen sucht. Um die Wichtigkeit dieser Fragen zu unterstreichen, sind diese Analysen nun auch einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich – unter www.polittrends.ch.

... GfS-«Europa-Barometer Schweiz»

. das aktuelle Europa-Barometer Schweiz, welches vom GfS-Forschungsinstitut seit rund zehn Jahren regelmässig erhoben wird und damit eine lückenlose Analyse allfälliger Meinungswandel der Bevölkerung in Europafragen ermöglicht – und dies über die Abstimmung zu den bilateralen Verträgen hinaus.

... Euro-Chronik

. eine Chronik über wichtige Ereignisse rund um die Verhandlungen zu den bilateralen Verträgen, seit dem Dezember 1996.

... Umfragen zum Stimmverhalten in Fragen der bilateralen Verträge

. Diverse Umfragen für öffentliche Stellen und das Schweizer Fernsehen im Vorfeld der Abstimmung vom 21. Mai 2000, welche Einblick in das Stimmverhalten und die dazu-führende Motivation geben.

... VOX-Analysen

Nachanalysen zu wichtigen aussenpolitischen Abstimmungen im letzten Jahrzehnt in einer Kurzfassung, allen voran die EWR-Abstimmung und die Abstimmung zu den bilateralen Verträgen.

Ferner finden Sie auf polittrends.ch links zu verschiedenen Homepages rund um die Schweiz und Europa.

In den letzten 6 Monaten von «polittrends.ch» haben sich rund 25'000 BesucherInnen von unserem virtuellen Polit-Magazin überzeugt.

GfS-Forschungsinstitut, Abteilung Politik und Staat

Claude Longchamp, Abteilungsleiter

Luca Bösch, Webmaster